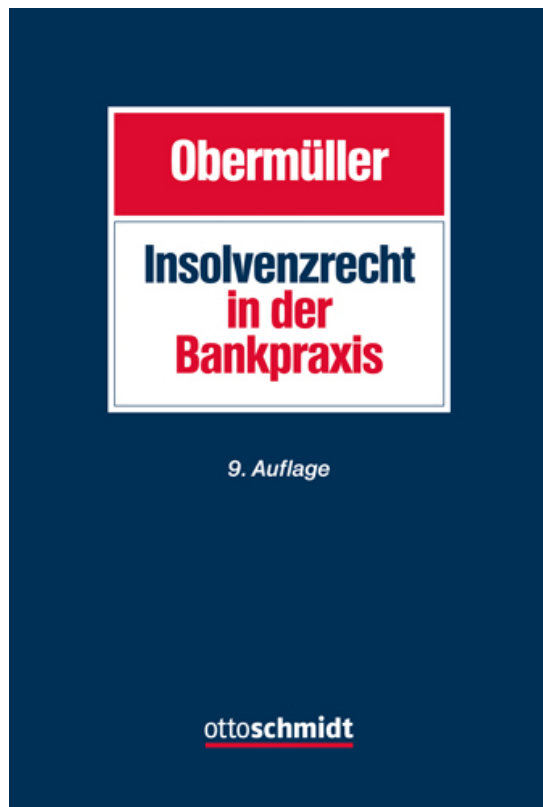


Leseprobe zu



Obermüller

**Insolvenzrecht in der Bankpraxis**

9. neu bearbeitete Auflage, 2016, ca. 1944 Seiten, gebunden, Handbuch

ISBN 978-3-504-43010-8

179,00 €

## Vorwort zur neunten Auflage

In den fünf Jahren seit der letzten Auflage dieses Buches ist die Insolvenzordnung wieder nicht zur Ruhe gekommen. In diesen Zeitraum fiel die wohl größte Änderung des Rechts der Unternehmensinsolvenzen seit Einführung der InsO, nämlich das „Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen“ (ESUG). Dies und weitere Gesetzesänderungen, Gesetzesvorhaben und zahlreiche gerichtliche Entscheidungen und Literatur machen es nicht nur den Gläubigern, sondern auch den Insolvenzverwaltern schwer, die Entwicklungen nachzuvollziehen und den Überblick über die aktuelle Rechtslage zu behalten.

Dies will das vorliegende Buch dem Leser an den Schnittpunkten zwischen Bankrecht und Insolvenzrecht erleichtern. Die Neuauflage bringt das Standardwerk wieder umfassend auf den neuesten Stand. In bekannter Weise werden anhand der typischen Geschäftsvorgänge innerhalb der Bank die Auswirkungen der Insolvenz des Kunden in den verschiedenen Sparten des Bankgeschäfts dargestellt. Zahlreiche Hinweise in den Fußnoten auf weiterführende Literatur bieten die Möglichkeit, die häufig nur schwer durchschaubare Rechtsentwicklung in den verschiedenen Bereichen weiter zu verfolgen.

Die umfangreiche Rechtsprechung der letzten Jahre wurde eingearbeitet; beinahe 1.100 neue Gerichtsentscheidungen, die Themen des Buches betreffen, sind zwischenzeitlich veröffentlicht, darunter die viel diskutierten Urteile zum Verwertungsrecht des Insolvenzverwalters bei mittelbarem Besitz und zur Anfechtung von Pfändungspfandrechten.

Auch der Gesetzgeber war nicht untätig. Das ESUG hat die Stellung der Gläubiger gegenüber dem Insolvenzgericht und ihren Einfluss auf die Auswahl des Insolvenzverwalters und die Verfahrensart wesentlich gestärkt. Daher wurden die Ausführungen über den Gläubigerausschuss seiner zunehmenden Bedeutung entsprechend erheblich erweitert. Eine Reihe weiterer Gesetze wie z.B. das „Gesetz zur Verkürzung des Restschuldverbefreiungsverfahrens und zur Stärkung der Gläubigerrechte“, der Regierungsentwurf eines „Gesetzes zur Verbesserung der Rechtssicherheit bei Anfechtungen nach der Insolvenzordnung und nach dem Anfechtungsgesetz“, das „Gesetz zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie“ und „das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten sowie den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen“ mussten eingearbeitet werden und haben zu einem Ausbau bzw. grundlegender Überarbeitung von Kapiteln geführt. Dabei konzentriert sich das Buch auf die heutige Rechtslage. Wer Insolvenzverfahren, die sich noch nach altem Recht richten, bearbeitet, sollte die Voraufgabe aufbewahren.

Ebenso mussten Entwicklungen in banktechnischen Verfahren wie z.B. das SEPA-Verfahren für Überweisungen und Lastschriften sowie Änderungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Banken und Sparkassen berücksichtigt werden. Dagegen konnte auf die Ausführungen zur Insolvenz von Banken, die nach der Finanzkrise des Jahres 2008 neu aufgenommen wurden, angesichts des Umstands, dass es seitdem nur noch eine Insolvenz einer relativ unbedeutenden Bank gegeben hat, verzichtet werden.

Im Vordergrund der Bearbeitung steht die Darstellung der Konsequenzen, die sich durch ein drohendes oder eröffnetes Insolvenzverfahren für die Beziehungen zwischen Gläubigern einerseits und Schuldern bzw. ihren Insolvenzverwaltern andererseits ergeben.

Das Insolvenzrecht regelt aber nicht nur das Verhältnis zwischen insolvenzreifen oder insolventen Schuldnern und ihren Gläubigern. Fast noch bedeutsamer sind die Rückwirkungen des Insolvenzrechts auf Geschäfte unter solventen Parteien, die sich für den Fall der (nicht absehbaren) Insolvenz ihres Geschäftspartners schützen wollen und müssen. Notwendig für eine solche Absicherung unter Geschäftspartnern sind in erster Linie insolvenzfeste Kreditsicherheiten, daneben aber auch international übliche Klauseln über die Beendigung von Verträgen und Aufrechnungs- bzw. Nettingvereinbarungen. Die Bestrebungen nach solchen Vorsorgemaßnahmen kollidieren jedoch oft mit dem vom deutschen Gesetzgeber und der Rechtsprechung hochgehaltenen Prinzip der Gläubigergleichbehandlung, das solche „Vorrechte“ zu unterbinden versucht. Hier zeigt das Buch die Möglichkeiten und zugleich die Grenzen für insolvenzfeste Vertragskonstruktionen auf.

Wir hoffen, dass das Buch den gleichen Anklang findet wie die Vorauflagen. Für Anregungen und Anmerkungen sind wir dankbar; diese können Sie uns unter [lektorat@otto-schmidt.de](mailto:lektorat@otto-schmidt.de) jederzeit mitteilen.

Bad Camberg, Frankfurt a. M., im April 2016

Manfred Obermüller

Karen Kuder

Martin Obermüller